

Antrag 1

Die Teuerungslawine stoppen!

Die Inflation lag im März bei 6,8 Prozent. Das Leben der Österreicher hat sich damit so verteuert, wie seit 40 Jahren nicht mehr. Hier nur einige erschreckende Beispiele:

- Heizöl: +118,5 %
- Gas: +79,0 %
- Strom: +64,5 %
- Butter: +21,4 %
- Brot: +12,6 %

Und vieles mehr wurde teurer. Den Arbeiternehmern und Arbeitnehmerinnen in Österreich bleibt jeden Monat weniger Geld übrig. Und wenn es so weiter geht, wird ein arbeitender Mensch mit seinem Einkommen auch bald an der Armutsgrenze stehen.

Wenn die Regierung jetzt nicht eingreift, werden Familien die leidtragenden sein und auf lange Sicht nicht mehr aus dem finanziellen Dilemma, welches durch die steigenden Preise entsteht, hinauskommen.

Die Teuerung muss gestoppt und den Menschen wieder die Möglichkeit zu einem leistbaren und wertgeschätzten Leben gegeben werden.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher die Bundesregierung auf:

1. Signifikante Lohnerhöhungen für Arbeitnehmer, welche die Teuerung in vollem Umfang abdecken

2. Automatische Inflationsanpassung sämtlicher Versicherungs-, Familien- und Sozialleistungen, insbesondere der Pensionen, des Arbeitslosengeldes sowie der Familienbeihilfe und des Pflegegeldes.

3. Zusammenstellung eines Warenkorbts von Grundnahrungsmitteln samt Halbierung beziehungsweise Streichung der Mehrwertsteuer auf die darin enthaltenen Produkte.



KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
05.05.2022

Für

Arbeiter und **A**ngestellte

Antrag 2

Der Weg zur Arbeit frisst den Lohn auf!



Arbeiterkammer Steiermark

Wer in diesen Tagen bei der Tankstelle war, trifft es beim Blick auf die Zapfsäule oft schwer, wenn er die Kraftstoffpreise sieht und dementsprechend viel mehr für eine Tankfüllung bezahlen muss als noch im vor ein paar Monaten.

Die Kraftstofferhöhungen treffen auch die steirischen Pendler und nehmen ihnen viel ihrer Kaufkraft und bestrafen sie dazu noch da sie es sich nicht aussuchen können, ob sie mit dem Auto in die Arbeit fahren oder nicht.

Auch wurde das Kilometergeld schon seit Jahren nicht mehr angepasst und ist mit 42 Cent einfach zu niedrig!

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher die Bundesregierung auf:

1. Sofortige massive Steuersenkung auf Benzin und Diesel durch Halbierung beziehungsweise bei weiteren Preisanstiegen völlige Streichung sowohl der Mehrwertsteuer als auch der Mineralölsteuer.

2. Signifikante Erhöhung der Pendlerpauschale, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die für den Weg zum Arbeitsplatz auf ihr Auto angewiesen sind.

3. sofortige Erhöhung des Kilometergeldes, damit Arbeitnehmern, die mit ihrem privaten PKW, Dienstwege erledigen, auch die Mehrkosten abgegolten bekommen.



KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
05.05.2022

Für

Arbeiter und **A**ngestellte

Antrag 3

Leistbare Grundnahrungsmittel - Preismonitoring

Grundlage für die Inflationsberechnung (Verbraucherpreisindexberechnung) bildet der sogenannte „Warenkorb“. Neben Nahrungsmitteln und Gütern aus dem Bereich Verkehr wird ein breites Spektrum möglicher Kaufaktivitäten abgedeckt. Enthalten sind etwa Warenpositionen aus den Bereichen Bekleidung, Wohnen, Bildung aber auch Technik.

Für billige Lebens- und Reinigungsmittel muss derzeit tief ins Geldbörse gegriffen werden. Wie das Preismonitoring zeigt, sind im letzten Dreivierteljahr die Preise dramatisch in die Höhe gegangen. Bei einzelnen Lebensmitteln im Billigsegment fällt die Teuerung derart hoch aus, dass Grundnahrungsmittel bald nicht mehr leistbar sind. Beispielsweise kostete ein **Kilo griffiges Mehl im März 2022 um 65% mehr als noch im Juni 2021**. Dies zusätzlich zu den Kostenexplosionen bei Energie, Treibstoff und Wohnen. Es ist kaum einschätzbar, wie stark die Lebensmittelpreise im laufenden Jahr noch steigen werden.

Gerade Menschen mit kleineren Einkommen fällt es immer schwerer, ihre Mieten, Lebensmittel und Energierechnungen zu zahlen. Im Sinne des Konsumentenschutzes braucht es eine Kontrollfunktion für ausgewählte Güter des täglichen Bedarfs. Mit einem eigens geschaffenen Covid-19-Warenkorb soll bei groben Abweichungen einzelner Endverbraucherpreise ein Maßnahmenmix zum Inflationsstopp geschaffen werden.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für
Steiermark fordert die Österreichische Bundesregierung auf, das Projekt
„Covid -19-Warenkorb“ in die Tat umzusetzen.**



KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
5.Mai 2022

Für
Arbeiter und **A**ngestellte

Antrag 4



Arbeiterkammer Steiermark

Hacklerregelung sofort wieder einführen

Keineswegs kann der seit Jahresbeginn geltende sogenannte „Frühstarterbonus“ die mit der Abschaffung der Hacklerregelung entstehenden **Pensionsverluste kompensieren**. Ein Euro Bonus für jeden Beitragsmonat, der vor dem 20. Lebensjahr erworben wurde, können sich zu maximal 60 Euro summieren. Selbst unter Einberechnung der Sonderzahlen bringt der Frühstarterbonus max. 840 Euro. Dem gegenüber stehen seit Jahresbeginn durchschnittliche Abschläge von 300 Euro pro Monat.

De facto trifft die Streichung der Abschlagsfreiheit nicht nur die Langzeitversichertenpensionen. Sie zieht darüber hinaus Verschlechterungen bei der Schwerarbeiterpension sowie der Berufsunfähigkeitspension bzw. der Invaliditätspension nach sich.

Stätig steigt das Arbeitspensum – 45 Arbeitsjahre müssen daher reichen, um Anspruch auf eine faire Pension zu haben. Insbesondere jene, die aufgrund von Krankheit keine Chance haben, das Regelpensionsalter zu erreichen oder die körperlich schwer gearbeitet haben, haben Anspruch auf ein gutes Auskommen im Alter.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für
Steiermark fordert die Österreichische Bundesregierung auf, die
Hacklerregelung sofort wieder einzuführen.**



KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
5.Mai 2022

Für

Arbeiter und **A**ngestellte

Antrag 5



Arbeiterkammer Steiermark

13 Millionen Euro Hilfe für Pandemiefolgen für Kinder und Jugendliche.

Leider nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“.

Laut einer neuen Studie von Forschern der University of Queensland und der University of Washington ist die Zahl der psychischen Erkrankungen in der Welt aufgrund der Corona-Pandemie erheblich gestiegen. Im Jahr 2020 kamen schätzungsweise 53 Millionen zusätzliche Fälle von schweren depressiven Störungen und rund 76 Millionen zusätzliche Fälle von Angststörungen, welche auf die Pandemie zurückzuführen sind, zu den jährlich normalen Fällen hinzu, so die Studie. Das entspräche einem weltweiten Anstieg um 26 Prozent bzw. um 28 Prozent, schreiben Forscher in der Zeitschrift The Lancet.

Psychische Erkrankungen waren in Österreich schon vor der Pandemie einer der Hauptgründe für Krankenstände und Frühpensionierung. Wie sich die psychosozialen Folgen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt und das Pensionssystem auswirken, werden wir in ein paar Jahren sehen. Wenn man bedenkt, dass sich das österreichische Gesundheits- und Sozialsystem vor allem über die Erwerbstätigkeit finanziert, so müssten bei diesen Zahlen sämtliche Alarmglocken läuten. Leider hat die Bundesregierung jahrelang nichts unternommen, um diesen negativen Auswirkungen entgegenzuwirken.

Kindheit und Jugend prägen ein Leben lang die psychische Entwicklung. **Wer als Kind oder Jugendlicher psychisch erkrankt, ist auch als Erwachsener psychisch stärker gefährdet.** Wir werden in den nächsten Jahren also auch eine deutliche Zunahme der gesundheitlichen und sozialen Ungleichheit erleben. Auch diese Entwicklung hat direkte Auswirkungen auf **die soziale Sicherheit und den sozialen Frieden.**

Junge Menschen sind psychisch sehr viel stärker belastet als ältere. Depression, Angst und Schlafstörungen haben sich bei ihnen besonders intensiviert. Mehr als

die Hälfte der österreichischen Jugendlichen kämpft mit depressiven Symptomen, sechs von zehn haben Essstörungen.

Gründe für die psychische Belastung von Kinder und Jugendlichen in der Pandemie sind auch vor allem im schulischen Bereich zu sehen, **da mit dem Wegfallen von Schulausflügen, Maturabällen und sonstigen Gemeinschaftsprojekten viele Aktivitäten fehlen würden, die das soziale Leben von Schülerinnen und Schülern prägen.**

Die Regierung hat heuer 13 Millionen Euro für die psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen bereitgestellt. 12,2 Millionen werden dabei ins Projekt "Gesund aus der Krise" fließen, die anderen 800.000 Euro werden zur Förderung junger Frauen und Mädchen an Frauengesundheitszentren gehen.

Knapp 12 Mio. fließen in eine Hotline, von der aus Betroffene an die zuständigen Beratungsstellen weitergeleitet werden. „Dass mit diesem Projekt mehreren tausend Kindern und Jugendlichen geholfen werden könne, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, werde aber nicht ausreichen. Wenn wir uns den akuten Bedarf anschauen, **werden davon lediglich 10 % gedeckt.** Die Mittel zur psychischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen müssen jetzt rasch aufgestockt werden“, sagte BJV-Vorsitzende Fiona Herzog. Weiters verweist der BJV auf die abgesagte Impflotterie, für die eine Milliarde Euro geplant waren. Ein Teil dieses Geldes könnte jetzt in die psychische Gesundheit junger Menschen investiert werden.

Der angekündigte Ausbau der präventiven und psychotherapeutischen Angebote sei viel zu wenig, daneben fehle ein massiver, rascher Ausbau der fachärztlichen Betreuung. „Es ist fahrlässig, dem Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie keinen einzigen Cent mehr zu geben. Genau dort sind die Fachärztinnen und -ärzte, die jenen jungen Menschen, die in den Pandemie Jahren akute Erkrankungen entwickelt haben, helfen können“, meinte etwa der Koordinator für Psychiatrie, Sucht- und Drogenfragen der Stadt Wien, Dr. Ewald Lochner. Verwunderlich sei außerdem, dass neue Strukturen auf der Ebene des Bundes geschaffen werden, ohne die bereits bestehenden Strukturen in den Ländern zu nützen, sagte Lochner. **Er fordert unter anderem deutlich mehr Mittel vonseiten des Bundes, mehr niedergelassene Kinder- und Jugendpsychiater mit Kassenverträgen, den Ausbau von multiprofessionellen Ambulatorien sowie einen Psychologen pro Schule, der durchgehend anwesend ist.**

Es braucht also nicht nur 13 Mio. Euro, sondern mindestens eine 0 mehr an finanziellen Mitteln lt. Experten, um diesen negativen Trend entgegenzuwirken und den sozialen Frieden und die soziale Sicherheit nicht zu gefährden.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für
Steiermark fordert daher den Gesundheits- und Sozialminister Johannes
Rauch auf, die Mittel für psychologische Hilfe beträchtlich zu erhöhen.**



KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
05.05.2022

Für
Arbeiter und **A**ngestellte

Antrag 6



Arbeiterkammer Steiermark

Pflege ist Schwerarbeit – Ausbildungszeiten anrechnen und Invaliditätspension anerkennen

Unterbesetzte Stationen, überlastetes Personal, ständig sich kurzfristig ändernde Dienstpläne, die immer mehr Nachtschichten und spontane Vertretungsdienste nach sich ziehen– bereits vor der Epidemie haben Pflegekräfte in steirischen Kliniken und Altenheimen oft am Limit gearbeitet. Personal fehlt an allen Ecken und Enden. **Der körperlich und psychisch harte Arbeitsalltag führt dazu, dass viele Pfleger lange vor dem Regelpensionsalter komplett abgearbeitet sind und bis zu 13,8 Prozent Abschlag in Kauf nehmen müssen.**

Sämtliche Pflegeberufe haben einen extrem belastenden Berufsalltag. Dennoch fällt bis dato nur der Hospizbereich in die begünstigte Schwerarbeiterregelung. Alle anderen Pflegekräfte können höchstens über den Nachweis der belastenden Nachdienste den Status der Schwerarbeiterpension erreichen. Aufgrund der sehr mühseligen Beweisverfahren gelingt dies nur fallweise. **Es ist höchste Zeit, dass die Pflege als solches unter die begünstigte Schwerarbeiterregelung fällt** und auch Ausbildungszeiten angerechnet werden. Auch für Invaliditätspension sind Pflagetätigkeiten entsprechen anzuerkennen.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert daher den Gesundheits- und Sozialminister Johannes Rauch auf, dass

- 1. Ausbildungszeiten in der Pflege für die Berechnung des Pensionsalters herangezogen werden,**

2. die Betreuung erkrankter, pflegebedürftiger und von Menschen mit Behinderung grundsätzlich in die begünstigte Schwerarbeiterregelung fällt,
3. und Pflegetätigkeiten auch für die Invaliditätspension entsprechend anerkannt werden.



KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
05.05.2022

Für
Arbeiter und **A**ngestellte

Antrag 7



Arbeiterkammer Steiermark

Arbeit im Mittelpunkt.

Der Schlüssel für einen erfolgreichen Sozialstaat liegt in der **Vollbeschäftigung**. Vollbeschäftigung liegt vor, wenn es **mehr offene Stellen** gibt als Bürger, die Arbeit suchen. Politik und Wissenschaft gehen allerdings davon aus, dass viele Arbeitssuchende auch in einer solchen Situation etwas Zeit brauchen, um eine passende neue Stelle zu finden. Daher werden einige Bürger selbst unter optimalen Bedingungen vorübergehend keine Beschäftigung haben. Die Wissenschaft spricht hier von friktioneller Arbeitslosigkeit, weil sie durch Schwierigkeiten (Friktionen) bei der Jobsuche hervorgerufen wird. Sie ist der Grund, weshalb Vollbeschäftigung nicht mit einer Arbeitslosenquote von Null gleichgesetzt wird, sondern schon bei 2 bis 4 Prozent erreicht ist.

Vollbeschäftigung garantiert auch ausreichende Steuereinnahmen und ausreichende Sozialversicherungsabgaben.

Nur damit kann der **Sozialstaat seinen erfolgreichen Weg fortsetzen**. Vollbeschäftigung ist auch der **Angelpunkt** für gewünschte Umverteilung.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark fordert die Österreichische Bundesregierung auf, dem wirtschaftspolitischen Ziel Vollbeschäftigung höchste Priorität einzuräumen.



KR Mag. Harald Korschelt
Fraktionsobmann FA
5.Mai. 2022

Für

Arbeiter und **A**ngestellte